



STARTSIGNAL
FÜR DIE

RE-
INDUSTRIALISIERUNG



INNOVATION

TTTech-CEO Georg Kopetz im Interview

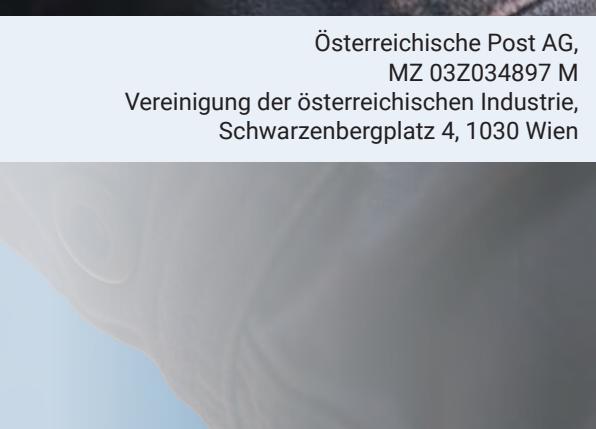
Seite 5



ÖBERÖSTERREICH

Exzellenzstrategie KI als Impuls für
Wettbewerbsfähigkeit

Seite 10



MADE BY INDUSTRIE

IV macht Industrie im Alltag sichtbar

Seite 2

„Österreichisches Nein zu Mercosur ist fahrlässig“

Nach über 25 Jahren Verhandlungen wurde das Mercosur-Abkommen beschlossen. Welche Chancen ergeben sich daraus – und wie schadet die österreichische Blockadehaltung dem Standort langfristig? Darüber spricht IV-Bereichsleiter Igor Sekardi im Interview.

Trotz des österreichischen Neins haben die EU-Mitgliedstaaten dem Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten zugestimmt. Welche Chancen bringt das Abkommen für Österreichs Industrie?

Igor Sekardi: Die Bank Austria hat vorgerechnet, dass in Österreich von rund 2.100 zusätzlichen Arbeitsplätzen ausgegangen werden kann. Die Chancen ergeben sich zunächst unmittelbar für Österreich und dann mittelbar über Deutschland sowie die europäischen Wertschöpfungsketten. Das Abkommen ist jedoch vor allem auch geostrategisch zu betrachten: Wir erleben derzeit eine Situation, in der Donald Trump regelmäßig mit neuen Zöllen droht, auf der anderen Seite dreht China Europa, überspitzt formuliert, etwa einmal im Monat den Rohstoffhahn auf oder zu. Und dann haben wir vor der Haustür Russland, das Krieg führt. Mercosur ist in Teilen eine Lösung für viele dieser Aspekte – es ist ein neuer, großer Absatzmarkt, der hoffentlich stabil ist und den regelbasierten Handel betont; gleichzeitig ist es eine Quelle für kritische Rohstoffe.

Welche Regionen und Branchen profitieren am stärksten von Mercosur?

Vor allem Maschinenbau und der Automotive-Sektor, insbesondere entlang der deutschen und italienischen Wertschöpfungsketten. Auch die chemische Industrie profitiert stark, da die Zölle in diesem Bereich bisher relativ hoch waren. Drittens: landwirtschaftliche Produkte bzw. die lebensmittelverarbeitende Industrie, etwa Wein. Regional profitieren vor allem Wien, aber auch Oberösterreich und die Steiermark. Allgemein dürften Bundesländer mit einem höheren Industrialisierungsgrad stärker profitieren.

Schadet Österreichs Blockadehaltung bei Mercosur der Standortattraktivität?

Ja. Die Entscheidung der Bundesregierung, Mercosur nicht zuzustimmen und damit das Zustandekommen des Abkommens zu riskieren, ist aus wirtschaftspolitischer Sicht fahrlässig. Warum? Aus zwei Gründen; erstens: Österreich ist in einer Zeit der wirtschaftlichen Rezession bzw. Stagnation. Wir hatten allein im



Igor Sekardi, IV-Bereichsleiter Internationale Beziehungen & Märkte.

letzten Jahr einen Einbruch der Exporte um fünf Prozent. In Österreich hängen 1,2 Millionen Arbeitsplätze und ein Viertel der Steuereinnahmen am Export. Zweitens: Seit 2019 haben sich drei einschneidende Entwicklungen ereignet – die Covid-Pandemie, der russische Angriff auf

die Ukraine und die handelspolitischen Spannungen mit den USA. Gerade vor diesem Hintergrund hätte Österreich als exportorientierte Volkswirtschaft ein überproportionales Interesse daran, seine Handelspartner zu diversifizieren und neue Märkte zu erschließen.

Industriellenvereinigung macht Industrie im Alltag sichtbar

Start der Bewusstseinskampagne „Made by Industrie“: Der öffentliche Raum wird zur Bühne, auf der industrielle Leistungen sichtbar werden – im Stadtbild, in der Infrastruktur oder in ganz konkreten Alltagsprodukten.

Anlässlich ihres 80-jährigen Bestehens stellt die Industriellenvereinigung 2026 gemeinsam mit führenden heimischen Unternehmen die zentrale Rolle der Industrie für Österreich in den Mittelpunkt: Mit der Bewusstseinskampagne „Made by Industrie“ verfolgt die IV das Ziel, das gesellschaftliche Bewusstsein für den konkreten Beitrag der Industrie zu Wohlstand, Beschäftigung und Lebensqualität zu schärfen – abseits abstrakter Debatten und wirtschaftspolitischer Schlagworte. Sichtbar gemacht wird, wie tief die Industrie im Alltag verankert ist und wie maßgeblich sie zum Funktionieren des Wirtschaftsstandorts Österreich beiträgt. „Wer über Wohlstand, Beschäftigung und Zukunftsfähigkeit spricht, kommt an der Industrie nicht vorbei. Gerade in Zeiten großer Veränderungen ist es entscheidend, ein neues, zeitgemäßes Verständnis für die Leistungen der Industrie zu schaffen – dort, wo sie täglich erlebt wird“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Mit „Made by Industrie“ geht die Industriellenvereinigung bewusst neue Wege in der Kommunikation: Industrie wird nicht erklärt, sondern im Alltag entdeckt.

Der öffentliche Raum wird zur Bühne, auf der industrielle Leistungen sichtbar werden – im Stadtbild, in der Infrastruktur oder in ganz konkreten Alltagsprodukten. Anstelle klassischer, zentral gesteuerter Imagebotschaften entsteht so ein offenes, vielstimmiges Bild industrieller Wertschöpfung, das authentisch zeigt, wie tief die Industrie und ihre Leistungen in



Österreich verankert sind. „Die Besonderheit der Kampagne liegt in der aktiven Beteiligung: Wenn Menschen selbst sichtbar machen, wie viel Industrie in ihrem Alltag steckt, entsteht ein unmittelbarer Bezug – emotional, niederschwellig und glaubwürdig“, erklärt Dominik Futschik, IV-Bereichsleiter Strategie & Kommunikation.



Der gleichnamige Claim lädt dazu ein, diesen Perspektivenwechsel aktiv mitzumachen. Konkrete Innovationen, reale Produkte und echte Leistungen der Industrie können mit dem „Made by Industrie“-Sticker gekennzeichnet, fotografiert und geteilt werden. Die Beiträge lassen sich direkt einreichen oder über Social Media veröffentlichen – mit @die.industriellenvereinigung und @madebyindustrie. Auf diese Weise wächst die Kampagne laufend weiter und wird von den Menschen getragen, die Industrie tagtäglich erleben.

Die Industriellenvereinigung lädt ihre Mitgliedsunternehmen ein, sich aktiv an der Kampagne zu beteiligen. Für Rückfragen und weitere Informationen steht Maria Schmidt-Iankova, stellvertretende Bereichsleiterin Strategie & Kommunikation, jederzeit gerne zur Verfügung.

WEBTIPP

Weitere Infos finden Sie unter:
www.madebyindustrie.at



Ein Kompass, der nun Mut zur Umsetzung braucht

Mit der Industriestrategie ist ein erster wichtiger Schritt gelungen, jetzt braucht es messbare Zwischenziele und Zug zum Tor bei der Umsetzung: Reindustrialisierung darf kein abstrakter Begriff bleiben. Die Industrie wird nicht anhand wohlklingender Leitbilder urteilen, sondern orientiert an Ergebnissen – und zwar messbaren.



Österreichs Industrie hat lange auf ein klares industrie-politisches Signal gewartet – mit der nun präsentierten Industriestrategie setzt die Bundesregierung genau dieses Zeichen, und dafür gebührt ihr Anerkennung. Das ausdrückliche Bekennen zum Industriestandort Österreich, der Fokus auf Forschung und Innovation, leistbare Energie, qualifizierte Fachkräfte und Bürokratieabbau sind die richtigen Schwerpunkte zur richtigen Zeit. Auch die langfristige Zielsetzung, Österreich wieder unter die Top Ten der führenden Industrienationen zu bringen, ist mehr als Symbolpolitik: Sie ist eine notwendige strategische Positionierung in einem zunehmend harten globalen Wettbewerb.

Doch Strategie allein schafft noch keine industrielle Wertschöpfung – entscheidend wird sein, ob aus Ankündigungen konkrete, wirksame Maßnahmen werden. Ein erster Schritt wird der Industriestrompreis sein, der eine standortpolitische Notwendigkeit ist, um nicht von unmittelbaren

Nachbarländern abgehängt zu werden. Die Industrie wird diese Strategie jedenfalls nicht anhand wohlklingender Leitbilder beurteilen, sondern an Ergebnissen – und zwar messbaren. Reindustrialisierung darf kein abstrakter Begriff bleiben: Sie muss sich in Investitionen, Produktionskapazitäten, Exportstärke und Beschäftigung niederschlagen. Dafür braucht es quantifizierbare jährliche Zwischenziele, an denen Fortschritte transparent überprüft werden können.

Ebenso zentral ist, was diese Strategie nicht sein darf: kein Einfallstor für neue Kosten, zusätzliche Bürokratie oder weitere Regulierungen. Österreichs Industrie steht bereits heute unter erheblichem Wettbewerbsdruck – unter anderem durch steigende Lohn(neben)kosten und komplexe Auflagen. Eine Industriestrategie, die am Ende neue Belastungen schafft, würde ihr eigenes Ziel konterkarieren. Der Aufstieg in die Top Ten gelingt nur, wenn Investitionen erleichtert und nicht verteuert werden. Kritisch zu sehen ist zudem, dass

notwendige strukturelle Reformen bisher weitgehend ausgeblieben sind: Wer den Industriestandort nachhaltig stärken will, muss die finanziellen und wirtschaftlichen Spielräume für Zukunftsinvestitionen erweitern. Dazu gehören Reformen im Pensionssystem, im Gesundheitsbereich, in der Bildung und in der öffentlichen Verwaltung. Ohne diese Hebel werden wir nicht in die Gänge kommen.

Besonders auffällig ist, dass der Kapitalmarkt als zentrale Finanzierungsbasis für industrielle Transformation de facto ausgespart bleibt. Dabei ist klar: Die industrielle Erneuerung – von der Dekarbonisierung über Digitalisierung bis hin zu neuen Technologien – wird enorme Investitionsvolumina erfordern. Öffentliche Mittel allein werden das nicht leisten können. Ein leistungsfähiger Kapitalmarkt, der privates Kapital mobilisiert und Wachstum finanziert, ist kein Randthema, sondern ein Schlüssel zum Erfolg. Dass dieser Aspekt kaum adressiert wird, ist eine vertane Chance.

Unterm Strich ist die Industriestrategie 2035 ein wichtiger erster Schritt. Sie gibt Richtung und Ambition vor – und signalisiert, dass Industriepolitik wieder Chef-sache ist. Ob sie jedoch mehr wird als ein politischer Kompass, hängt vom Mut zur Umsetzung ab. Die Industrie ist bereit, ihren Beitrag zu leisten. Jetzt ist die Politik gefordert, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen: effizient, reformorientiert und messbar erfolgreich. Denn eines ist klar: Der Erfolg dieser Strategie wird nicht an Papieren gemessen, sondern daran, ob Österreich in den kommenden Jahren tatsächlich wieder industriell stärker wird.

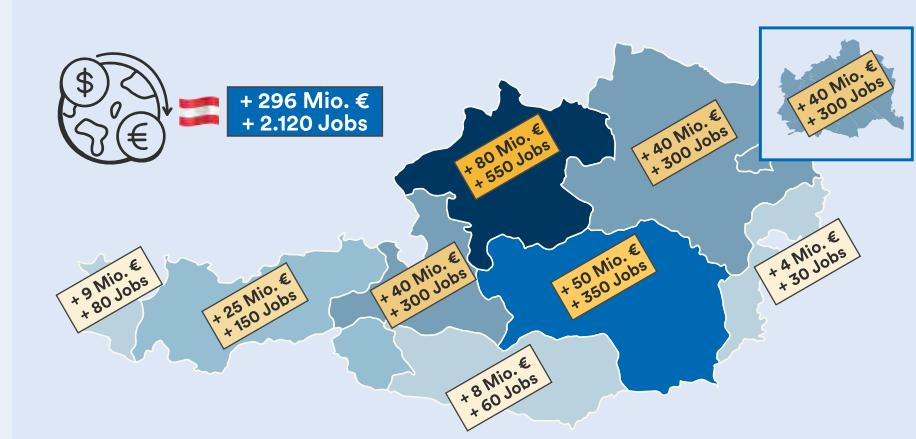
Ihr

Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

Grafik des Monats

Das nach 26 Jahren unterzeichnete Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten wird der österreichischen Industrie zusätzlich rund 300 Millionen Euro an Wertschöpfung und mehr als 2.100 Arbeitsplätze bringen – das geht aus einer entsprechenden Studie der Uni-Credit Bank Austria hervor. Besonders profitieren würden hierbei Oberösterreich und die Steiermark. 2024 exportierte Österreich Waren im Wert von 1,3 Milliarden Euro in die Mercosur-Länder – der durchschnittliche Zollsatz lag bei 10 Prozent und verursachte Kosten von etwa 130 Millionen Euro. Durch das Mercosur-Abkommen entfallen mehr als 90 Prozent der Zölle.

Oberösterreich profitiert am meisten von Mercosur
Zusätzlich generierte Wertschöpfung und Beschäftigung in der Industrie durch das Mercosur-Abkommen



Zahl des Monats

54 %

der Österreicher sind für die Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters, um die Nachhaltigkeit des heimischen Pensionssystems zu gewährleisten: So das Ergebnis der jüngsten Eurobarometer-Erhebung im Herbst 2025. In keinem anderen befragten Land fand sich hierfür eine Mehrheit. Hinter Österreich folgen Finnland (39 Prozent) und Luxemburg (38 Prozent). Am geringsten ist die Zustimmung in Griechenland (14 Prozent) und Lettland (11 Prozent). Der Eurozone-Durchschnitt lag bei 29 Prozent.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 × jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück,
Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV, Nicky Webb, IV Burgenland/Lexi, Salzburger Industrie/Neumayr/Schwaighofer, IV Steiermark/Marija Kanizaj, IV Tirol/Oss, IV Vorarlberg/ORF, IV Niederösterreich/Christian Holzinger, IV Wien, IV Kärnten

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Mission erfüllt: Wehrdienst-Kommission abgeschlossen

Geopolitische Herausforderungen machen eine Anpassung des Wehrdiensts notwendig. Sicherheit und die Anforderungen der Arbeitswelt müssen dabei integriert betrachtet werden.

Nach Prüfung aller Optionen kam die Wehrdienstkommission (WDK) zu dem Ergebnis, dass das Modell „Österreich Plus“ die beste Wahl für Österreichs sicherheitspolitische Zukunft darstellt. Die Ergebnisse wurden am 20. Jänner, am Tag der Wehrpflicht, vom Vorsitzenden der WDK, Generalmajor Erwin Hameseder, dem stellvertretenden Vorsitzenden, Walter Feichtinger, und dem Leiter der Zivildienstagentur, Ferdinand Mayer, in Form eines Berichts vorgestellt. Dieser Bericht liefert die Basis für die nun folgenden politischen Verhandlungen sowie einen breiten öffentlichen Diskurs.

Das forcierte Modell sieht einen achtmonatigen Grundwehrdienst und anschließend Milizübungen von insgesamt zwei Monaten zur Auffrischung und Erweiterung der Fähigkeiten der Soldaten

vor. Österreich ist aktuell das einzige EU-Land mit Wehrpflicht, jedoch ohne verpflichtende Übungen. Der Zivildienst soll bei wesentlich stärkerer Betonung der Aufgaben der zivilen Landesverteidigung auf mindestens zwölf Monate verlängert werden.

Die IV war in die WDK aktiv eingebunden und trägt die Ergebnisse grundsätzlich mit. Viele unserer zentralen Anliegen wurden berücksichtigt; jetzt geht es um die Frage, welche tatsächlichen Kosten für Unternehmen entstehen und welche Entlastungsmaßnahmen der Industrie im Gegenzug ermöglicht werden können. In diesem Zusammenhang sind die ausgearbeiteten Anreizsysteme entsprechend zu konsultieren bzw. qualifizieren (u.a. Anrechenbarkeit erworbener Qualifikationen, Krankenstandskosten, Motivkündigungsschutz,



Erwin Hameseder, Peter Koren und Klaudia Tanner beim Abschluss der Wehrdienstkommission.

Anhörungsrechte etc.). Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass die österreichische Wirtschaft und Industrie von der verstärkten Investitionstätigkeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung direkt und indirekt profitieren (industrielle Kooperationen, F&E etc.). Die IV wird sich daher in dem nun folgenden Umsetzungsprozess sowie in etwaigen diesbezüglichen Gesetzesinitiativen proaktiv einbringen.



HIER GEHT ES ZUM
BERICHT DER WDK

Aktuelles in Kürze

European Life Sciences Business Alliance: Gemeinsam für Europas Life-Sciences-Zukunft

Durch die European Life Sciences Business Alliance stärkt die IV ihre Zusammenarbeit mit BDI, Confindustria, DI und Medef für einen starken Life-Sciences-Standort Europa. Mit der Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding Ende 2025 wurde ein weiterer wichtiger Schritt zur Vertiefung der Kooperation gesetzt.

Ein starker Life-Sciences-Standort bietet nicht nur hohes Wachstums- und Wertschöpfungspotenzial, sondern auch eine innovative Gesundheitsversorgung. Dafür braucht es ein leistungsfähiges Ökosystem aus Unternehmen, Wissenschaft und Politik. Die European Life Sciences Business Alliance setzt auf den Ausbau europäischer Stärken, etwa durch bessere

Forschungs- und Innovationsbedingungen, gezielte Datennutzung, robuste Schutzrechte, den Abbau regulatorischer Hürden sowie die Stärkung klinischer Studien.

Die Kernforderungen sind in einem gemeinsamen Policy Paper und Mission Statement erarbeitet worden, die die Grundlage für gemeinsame Aktivitäten bilden, unter anderem für ein Stakeholder-Event im Europäischen Parlament im Mai 2025 zum Pharma-Paket. Wenngleich eine von der Kommission vorgeschlagene Kürzung des Unterlagenschutzes verhindert werden konnte, wurde im Trilog die Reduktion der Marktexasklusivität beschlossen – eine klare Schwächung des europäischen Pharma-Standorts. Umso wichtiger ist es nun, innovations- und wirtschaftsstärkende

Rahmenbedingungen zu schaffen, die Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit erhöhen.

Dazu zählt auch, dass der geplante Schwerpunkt des Europäischen Wettbewerbsfonds (ECF) zu Gesundheit und Biotechnologie konsequent zur Stärkung der industriellen Basis Europas genutzt wird. Nur so können Wachstumspotenziale der Life Sciences gehoben und weitere Ansiedlungen sowie Neugründungen ermöglicht werden.

Für die IV ist zudem essenziell, dass die angekündigte nationale Life-Sciences-Strafstrategie wissenschaftliche und wirtschaftliche Stärken bündelt und die Attraktivität des österreichischen Standorts in den Mittelpunkt stellt.



ZUM
MISSION STATEMENT

IV-Sparringprogramm „Netzwerk Aufsichtsrat“ startet in den vierten Durchgang – Bewerbungen ab jetzt möglich

Die Industriellenvereinigung (IV) setzt ihre erfolgreiche Initiative zur Stärkung von Frauen in Aufsichtsräten fort: Im April startet das IV-Sparringprogramm „Netzwerk Aufsichtsrat“ in die vierte Runde – erneut unter der Schirmherrschaft von IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka.

Gerade jüngste Entwicklungen zeigen: Der Bedarf an weiblichen Aufsichtsrätinnen steigt. Das IV-Sparringprogramm „Netzwerk Aufsichtsrat“ versteht sich nicht als Ausbildungsformat: Die Teilnehmerinnen bringen bereits jene fachlichen Kompetenzen mit, die für ein Aufsichts- oder Beiratsmandat notwendig

sind – das Programm setzt daher auf individuelle Weiterentwicklung, persönliche Reflexion und die Begleitung durch erfahrene Sparringpartnerinnen und -partner. Die Industriellenvereinigung möchte insbesondere auch konkreten Mehrwert für Unternehmen schaffen, die nach geeigneten Aufsichtsrätinnen suchen.

Die bisherigen drei Durchgänge zeigen den Erfolg des praxisorientierten Ansatzes: Durch die enge Zusammenarbeit in den Tandems, bestehend aus einer Persönlichkeit mit Aufsichtsratserfahrung und einer potenziellen zukünftigen Aufsichtsrätin, konnten zahlreiche Kandidatinnen wertvolle Einblicke

gewinnen, ihr Netzwerk erweitern und konkrete Schritte Richtung Mandat setzen.

Der vierte Durchgang startet am 30. April 2026 und läuft bis Februar 2027. Bewerbungen werden ab sofort entgegengenommen.



ALLE INFORMATIONEN
FINDEN SIE HIER



„Innovation zeigt sich im schnellen Markteintritt“

TTTech-CEO Georg Kopetz spricht im Interview über den globalen Technologiewettlauf und innovationsfördernde Maßnahmen in Österreich und auf EU-Ebene. Großes Zukunftspotenzial für Österreich sieht er im Weltraumsektor.



Georg Kopetz ist CEO von TTTech.

Europa befindet sich in einem rasanten globalen Technologiewettlauf, allen voran mit den USA und China. Was muss Europa tun, um aufzuholen und seine Stärken klar ausspielen zu können?

Georg Kopetz: Europa befindet sich in einer Phase tiefgreifender technologischer und wirtschaftlicher Transformation. Damit europäische Unternehmen im Zeitalter von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz wettbewerbsfähig wachsen können, braucht es moderne Rahmenbedingungen. Dazu zählen ein schneller Technologietransfer von der Forschung zum marktfähigen Produkt, die rasche Skalierung sowie ein integrierter europäischer Kapitalmarkt mit erfahrenen Risikokapitalgebern im Technologiesektor. Zudem braucht es eine einheitliche, idealerweise digitale europäische Technologiebörsen mit hoher Liquidität, die innovativen Unternehmen langfristiges Wachstumskapital erschließt. Nur so lassen sich Breakthrough-Innovationen rasch in skalierbare Produkte überführen – etwa in der digitalen Energietechnik, Industrieautomation, Robotik sowie Luft- und Raumfahrt, wo Europa über starkes technologisches Know-how verfügt.

Entscheidend ist, dass wir alle technischen Innovationen konsequent in Vertrieb und

Export bringen und dabei mehr unternehmerisches Risiko eingehen. Mehr Dynamik, stärkere Eigenkapitalbasis und Offenheit für neue Geschäftsmodelle schaffen ein Umfeld, in dem Technologieunternehmen nicht nur entstehen, sondern sich zu globalen Marktführern entwickeln können.

Österreich sollte sich als Innovationsstandort für internationale Partnerschaften öffnen und sich als Standort für gemeinsame Entwicklungs- und Produktionsvorhaben positionieren – etwa mit Unternehmen aus Indien, Japan oder Südkorea. Zugleich ist die Verbindung zwischen Forschung, Technologieentwicklung, Produktion und einer strategischen Industriepolitik zu vertiefen. Unsere Stärken – etwa in Safety und Security für „Physical AI“, in Robotik und in Quantentechnologien – müssen gezielt ausgebaut werden, um Europas technologische Souveränität nachhaltig zu sichern. Dies ist angesichts zunehmender geopolitischer Unsicherheit von zentraler Bedeutung.

Kürzlich wurde bei einem europäischen Gipfeltreffen in Berlin eine Deklaration zur europäischen digitalen Souveränität unterzeichnet. Welche Ziele sollen damit verfolgt werden und welche konkreten Handlungsfelder sehen Sie, um die digitale Souveränität zu stärken?

Digitale Souveränität ist Sicherheitspolitik, Innovationspolitik und Demokratiepolitik zugleich. Berlin war für uns ein großer Erfolg, da die Deklaration auf einer österreichischen Initiative basiert. Ihre Wichtigkeit wurde verstanden und sie wurde von allen 27 Mitgliedstaaten verabschiedet. Jetzt haben wir erstmals ein gemeinsames europäisches Ziel sowie den Weg dorthin definiert. Die Erklärung stärkt den politischen Willen, in Europa gemeinsam zu investieren, Standards zu setzen und offen, aber selbstbewusst mit globalen Partnern zusammenzuarbeiten.

Aktuell arbeitet die österreichische Bundesregierung an der Umsetzung des

mit dem Regierungsprogramm geplanten Dachfonds. Was sind aus Ihrer Sicht die zentralen Kriterien, damit der Dachfonds für innovative Startups und Scaleups wirklich maßgeblich zum Wachstum beitragen kann?

Der Dachfonds kann, gemeinsam mit Bundesregierung, Leitbetrieben sowie nationalen und internationalen Investoren mutig umgesetzt, weit mehr sein als ein Finanzierungsinstrument – er kann zum Motor einer neuen technologiegetriebenen Wachstumsphase im mitteleuropäischen Raum werden. Voraussetzung ist Mut zur Größe: die Mobilisierung eines Milliardenvolumens und die gezielte Stärkung jener Fonds, die in Scaleups und Transformations-Spinoffs investieren, um industrielle Skalierung und internationale Expansion zu ermöglichen.

Ebenso wichtig ist ein klar europäischer und internationaler Ansatz mit Fondsmanagern und Co-Investoren, die über globale Netzwerke und tiefes Industrialisierungs-Know-how verfügen. Die öffentliche Hand kann den Startimpuls setzen, etwa auch mit der Wirtschaftskammer, und geeignete Rahmenbedingungen schaffen; langfristig muss der Dachfonds jedoch von privatem Kapital getragen werden. Er sollte ein klares Signal senden, dass Österreich Gestalter der digitalen Industrieentwicklung ist – mit geduldigem Kapital, unabhängiger Governance und klaren Zielen.

Die Europäische Kommission hat im Sommer ihre Vorschläge für einen EU Competitiveness Fund und ein nächstes EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe vorgelegt. Welche zentralen Chancen sehen Sie und wo muss noch verbessert werden?

Diese EU-Initiativen bieten Europa die historische Chance, Forschung, Innovation und industrielle Skalierung als durchgehende Wertschöpfungskette zu verankern. Entscheidend ist, Europa global als offenen, leistungsfähigen Forschungs- und Innovationsraum zu positionieren;

einen Raum, in dem exzellente Ideen entstehen und rasch wachsen können. Der vorgeschlagene Finanzierungsrahmen von 175 Mrd. Euro für das nächste Horizon-Europe-Programm ist ein wichtiger Schritt; die Einbindung befreundeter Partnerländer wie Israel, Kanada, Südkorea oder der Türkei ist strategisch klug, um technologische Stärke und globale Vernetzung zu erhöhen. Gleichzeitig müssen Förderung, öffentliche Beschaffung und Standardisierung enger verzahnt und die kollaborative transnationale Forschung gestärkt werden. Innovation zeigt sich nicht im Labor, sondern im schnellen Markteintritt.

Sie sind auch stark im Schlüsseltechnologiefeld Raumfahrt aktiv. Welche Potenziale hat der Weltraumsektor für Österreich und was braucht es in Zukunft?

TTTECH ist seit Jahren in zentrale Raumfahrtprogramme eingebunden – von der Ariane-6-Trägerrakete bis zum NASA-Artemis-Programm. Unsere sichere Netzwerktechnologie kommt in der NASA-Orion-Kapsel, die heuer erstmals mit einer Crew den Mond umrunden wird, wie auch im Lunar Gateway im Einsatz.

Der Weltraumsektor bietet für Österreich großes Zukunftspotenzial – von Hightech-Elektronik und Robotik über Erdbeobachtungsdaten bis hin zu Anwendungen für Klima, Energie, Datenzentren und Sicherheit. Langfristige Investitionen in ESA- und EU-Programme, stärkere industrielle Skalierung und Talentförderung sind entscheidend. Gelingt dies, kann Österreich im europäischen Weltraumökosystem strategisch deutlich an Bedeutung gewinnen.

Das ESA-Rekordbudget von 22,1 Mrd. Euro für 2026 bis 2028 und die Erhöhung des österreichischen ESA-Beitrags auf 340 Mio. Euro setzen wichtige Signale; ergänzend müssen nationale Projekte und der Zugang zu Risikokapital ausgebaut werden.

Sieben Stipendien für exzellente Forschung

Die Dr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Stiftung vergab 2025 wieder Exzellenzstipendien für die Entwicklung von industrienahen Zukunftsthemen.

Die Dr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Stiftung der Industriellenvereinigung schüttete 2025 unter dem Motto „Hunting for Excellence“ insgesamt sieben Exzellenzstipendien aus. Die Stiftung möchte dazu beitragen, dass Exzellenz in Österreich stattfinden und aus dem Ausland nach Österreich gebracht werden kann. Im Vordergrund steht die Entwicklung von industrienahen Zukunftsthemen.

Die Ansuchen der ausgezeichneten Stipendiatinnen und Stipendiaten erfüllen die Kriterien der wirtschaftlichen bzw.

naturwissenschaftlichen Ausrichtung der Stiftung. Alle Kandidatinnen und Kandidaten können die erforderliche Auslands erfahrung an internationalen Spitzengesellschaften nachweisen: Sie erlangten internationale Expertise beispielsweise an der Harvard University (USA), der NTNU Trondheim (Norwegen), der USM Valparaiso (Chile), der National University of Singapore (NUS) oder der ETH Zürich.

Insgesamt wurden 2025 Stipendien i.H.v. 8.000 Euro verteilt. Davon gingen zwei Exzellenzstipendien zu je 2.500 Euro an David Faltner, BSc., und Johannes Weichsler, BSc. Die Preisträger befassen sich im Rahmen ihres jeweiligen technischen Studiums (Montanuniversität Leoben und Technische Universität Graz)

mit Verfahrenstechnik bzw. mit Materialwissenschaften. Die weiteren 3.000 Euro wurden je nach Qualität der jeweiligen

Ansuchen verliehen. Das Kuratorium gratuliert allen Kandidatinnen und Kandidaten herzlich!



Startsignal für die Reindustrialisierung

In der Industriestrategie hat sich die österreichische Bundesregierung ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Das Land soll bis 2035 in die Top Ten der Industrienationen innerhalb der OECD vordringen. Wie genau sieht der Plan aus? Eine Analyse.

Die österreichische Industrie hat die Talsohle durchschritten, von einem echten Aufschwung wird man heuer allerdings nicht sprechen können: Die Erholung, die sich abzeichnet, steht auf wackligen Beinen. Es sind einige wenige Unternehmen, deren gute Performance dank digitaler Transformation und Energiewende die Statistik derzeit nach oben zieht. Der Großteil der Unternehmen sieht noch wenig Licht am Ende des Tunnels – die hohen Kosten drücken nach wie vor auf Wettbewerbsfähigkeit und Stimmung.

In den vergangenen Jahren hat der Wirtschaftsstandort Österreich massiv an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Ein zentraler Indikator dafür kommt aus der Schweiz: Das „World Competitiveness Center“ des Lausanner Institute for Management Development (IMD) widmet sich seit 1989 der Untersuchung der weltweiten Wettbewerbsfähigkeit. In dem jährlich erscheinenden Ranking lag Österreich 2007 noch auf dem guten elften Platz. Das hat sich mittlerweile geändert – 2025 ging sich nur noch Rang 26 aus. Der Rückgang hat Spuren hinterlassen: Industriebetriebe mussten kürzertreten, ihre Produktion einschränken oder sie gar in andere Länder verlagern.

In der Industriestrategie hat sich die österreichische Bundesregierung ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Das Land soll bis 2035 in die Top Ten der Industrienationen innerhalb der OECD vordringen. Das ist eine erste wichtige strategische Positionierung und ein klares Zielbild, das dem Land lange Zeit gefehlt hat. Die Industriestrategie muss ein Startsignal für eine kräftige Re-Industrialisierung sein, denn

„Die Industriestrategie muss ein Startsignal für eine kräftige Reindustrialisierung sein, denn die Industrie ist das Rückgrat von Wohlstand, Beschäftigung und Innovation in Österreich.“

Georg Knill,
IV-Präsident

die Industrie ist Rückgrat von Wohlstand, Beschäftigung und Innovation in Österreich“, sagt IV-Präsident Georg Knill. Was es dafür braucht, liegt bereits lange auf

dem Tisch: Die Kosten für Energie und Arbeit müssen auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt und bürokratische Lasten abgebaut werden. Darüber hinaus braucht es gezielte Anreize für Investitionen und Innovation.

Eine zentrale Standortfrage

Im Energiebereich hat die Regierung in den vergangenen Monaten viele Akzente gesetzt. Die jüngsten Maßnahmen sollen der energieintensiven Industrie helfen. Nach der Ankündigung Deutschlands, für 2026 einen Industriestrompreis einzuführen, drängte die Zeit für Österreich nachzuziehen, um gegenüber diesem wichtigen Handelspartner nicht ins Hintertreffen zu geraten. „Ein international wettbewerbsfähiger Industriestrompreis ist kein Sonderwunsch der Industrie, sondern eine zentrale Standortfrage“, so IV-Präsident Georg Knill. „Hier geht es nicht um kurzfristige Unterstützung einzelner Betriebe, sondern um die Sicherung der industriellen Basis des Landes. Angesichts dessen ist es positiv, dass die Bundesregierung hier auf Bestreben von Bundeskanzler Stocker rasch reagiert hat.“

Die genaue Ausgestaltung steht noch aus, die Bundesregierung hat aber vor, mit dem Industriestrompreis ab 2027 den maximal möglichen Rahmen auszuschöpfen, der nach dem EU-Beihilfenrecht möglich ist. Dieses ermöglicht momentan, die Hälfte des Stromverbrauchs eines Unternehmens zu fördern, und zwar wiederum zu maximal 50 Prozent unter Erfüllung bestimmter Reinvestitionsverpflichtungen. Für die Hälfte des Verbrauchs darf der Strompreis inklusive Steuern und Abgaben auf bis zu fünf Cent/kWh gefördert werden. Bei einem Verbrauch von 100 MWh dürfen also 50 MWh gefördert werden. Liegt der Preis zum Beispiel bei zwölf Cent/kWh, ist ein geförderter Preis von sechs Cent/kWh für diese 50 MWh möglich. Für die anderen 50 MWh gilt weiterhin der Preis von zwölf Cent, was unter dem Strich einen Preis für die 100 MWh von neun Cent/kWh ergibt. Der Differenzbetrag soll jährlich rückwirkend zurückerstattet werden. Für die IV ist auch die Verlängerung der Strompreiskompensation (SAG) ein positives Signal: „Das geht klar in die richtige Richtung und gibt Planbarkeit“, so Knill. Für beides werden jährlich 250 Millionen Euro veranschlagt, die aus der Energiebranche kommen sollen, wobei auch hier die genaue Ausgestaltung noch unklar ist. Eine gute Lösung für die Finanzierung ist es jedenfalls nicht.

Für Knill ist klar: „Angesichts der hohen Abgabenquote müssen Spielräume über dringend notwendige Strukturreformen geschaffen werden, statt zusätzliche Belastungen einzuführen“.

**„Angesichts der hohen
Abgabenquote müssen
Spielräume über drin-
gend notwendige Struk-
turen geschaffen
werden“**

Georg Knill,
IV-Präsident

Innovationsland

Die vorgelegte Industriestrategie enthält insbesondere im Bereich Forschung und Innovation zahlreiche richtige Ansätze. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus der Praxis wurden neun Schlüsseltechnologien identifiziert, auf die sich Österreich in den kommenden Jahren konzentrieren wird: künstliche Intelligenz und Dateninnovation, Chips, elektronische Komponenten und Systeme, fortgeschrittene Produktionstechnologien und Robotik, Quantentechnologie und Photonik, fortgeschrittene Werkstoffe (Advanced Materials), Life Sciences und Biotech, Energie- und Umwelttechnologien, Mobilitäts- sowie Weltraum- und Luftfahrttechnologien.

Es sind Felder, in denen Österreichs Industrie bereits jetzt Stärken hat, die es weiter auszubauen gilt. Dafür werden im Rahmen des FTI-Pakts 2,6 Milliarden Euro bereitgestellt. Leider ist allerdings der FTI-Pakt in seiner Gesamtheit bisher ausständig – und damit noch unklar, wie die Forschungsfinanzierung für die kommenden Jahre insgesamt ausgestaltet sein wird. Eigentlich hätte das Paket bereits Ende letzten Jahres fertig sein sollen. „Der FTI-Pakt 2027–29 muss nun rasch und ohne Kürzungen beschlossen werden, damit wir hier ins Tun kommen“, fordert der IV-Präsident. Das Bekenntnis in der Strategie, die Forschungsprämie als wichtigen Standortfaktor weiterzuentwickeln, ist vor diesem Hintergrund ebenfalls eine gute Nachricht. Die IV setzt sich für eine Umsetzung ein, die eine Reduktion der Bürokratie und eine Anpassung an moderne Entwicklungszyklen bringt.

Entbürokratisierungsoffensive

Geplant ist laut Industriestrategie auch eine Entbürokratisierungsoffensive, die

bereits vergangenen Dezember ins Rollen gebracht wurde. Bis 2035 sollen die nationalen Berichts- und Meldepflichten „auf das notwendige Maß“ reduziert werden – ein wichtiges Vorhaben, das aus Sicht der IV jedoch wesentlich rascher umgesetzt werden muss. „Ein Bürokratiekostenindex wäre ein geeignetes Instrument, um diesen Abbau von Berichtspflichten nachvollziehbar zu machen“, sagt Knill. Außerdem sind One-Stop-Shop-Verfahren und ein Once-only-Prinzip geplant. Die Entbürokratisierung soll dabei insbesondere durch Digitalisierung und standardisierte Datenformate unterstützt werden. Die Beschleunigung und Vereinfachung des Zugangs zu Fördermitteln ist ebenfalls ein positiver Schritt.

**„Ein Bürokratie-
kostenindex wäre ein
geeignetes Instrument,
um diesen Abbau von
Berichtspflichten nach-
vollziehbar zu machen.“**

Georg Knill,
IV-Präsident

Ein Wermutstropfen ist, dass die Reduktion der Lohnnebenkosten in der Industriestrategie vage bleibt. Angekündigt ist eine schrittweise Reduktion über den Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) ab 2027, die allerdings noch immer unter Budgetvorbehalt steht. Eine für den Faktor Arbeit begrüßenswerte Maßnahme ist die Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot-Karte, die unter anderem den Zugang für volljährige Lehrlinge ermöglicht.

„Die Ankündigungen der Industriestrategie sind eine solide Basis, mit der es nun zu arbeiten gilt. Auch die langfristige Zielsetzung gibt Orientierung für Unternehmen. Entscheidend wird nun sein, wie die angekündigten Maßnahmen konkret ausgestaltet und umgesetzt werden. Dies sollte rasch, wirksam und praxisnah erfolgen“, unterstreicht Knill und betont: „Die Umsetzung der Ankündigungen darf keinesfalls mit neuen Kosten, zusätzlicher Bürokratie oder weiteren Regulierungen einhergehen. Österreich steht im internationalen Wettbewerb – zusätzliche Belastungen würden den Standort noch weiter schwächen und somit das Ziel verfehlten.“

DIE INDUSTRIESTRATEGIE AUS SICHT DER IV



Positive Maßnahmen

- Verlängerung der Strompreiskompensation (SAG) bis 2029
- Industriestrompreis ab 2027
- Aufhebung des Verbots der CO₂-Abscheidung und -Speicherung
- 2,6 Mrd. Euro der Mittel aus dem FTI-Pakt für Schlüsseltechnologien bis 2029
- Entbürokratisierungsoffensive
- Beschleunigung der Umweltverträglichkeitsprüfung
- Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot-Karte
- Pilotprojekt „Rot-Weiß-Rot-Karte für volljährige Lehrlinge“
- Weiterentwicklung der Forschungsprämie
- Forcierung der strategischen und innovationsfördernden öffentlichen Beschaffung und Fokus auf europäische Lösungen (etwa auch zur Stärkung der digitalen Souveränität)
- Senkung der Lohnnebenkosten (allerdings noch zu unkonkret und mit Finanzierungsvorbehalt)
- Lehrlingsausbildung wird gestärkt und attrahiert; inkl. Aufwertung des Polytechnikums und Lehrberufsfokus auf Schlüsseltechnologien
- Reform der Exportkontrolle zur Beschleunigung und Optimierung von Prüf- und Bewilligungsprozessen
- One-Stop-Shop für Infrastrukturverfahren zur Verfahrensbeschleunigung
- Verdreifachung des Anteils von Venture Capital am BIP und Errichtung eines „Startup- & Scale-up-Dachfonds“



Kritische Maßnahmen

- Gefahr einer Einschränkung der Basisprogramme in der Forschung
- Kein allgemeines Bekenntnis zu Technologieoffenheit bei der Weiterentwicklung der Mobilitätsindustrie
- Der Zeithorizont „bis 2035“ erscheint zum Abbau von bestehenden Berichtspflichten deutlich zu lang



Was fehlt

- Konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Kapitalmarkts
- Bürokratiekostenindex, Berichtspflichtenmoratorium
- Option der Frequenzverlängerung für Telekommunikationsunternehmen nicht enthalten
- Sicherung des „Fonds Zukunft Österreich“, der dieses Jahr bereits ausgelaufen ist, wodurch über 140 Mio. Euro pro Jahr im FTI-System fehlen
- Notwendige Strukturreformen wie etwa zur Nachhaltigkeit des Pensionssystems
- Gold-Plating ist bei der Umsetzung europäischer Regelungen in nationales Recht unbedingt zu vermeiden; dies ist derzeit nicht klar festgehalten

Neues „M:ndset“ für die Technikschule der Zukunft

Mit der Initiative „M:ndset HTL“ sollen unter Leitung der MINTality-Stiftung möglichst viele HTLs zu mädchenfreundlichen Schulen weiterentwickelt werden – und es soll eine Community-Bewegung daraus entstehen.

Das Finden von Techniktalenten bleibt auch in der Rezession eine große Herausforderung für die innovative Industrie. Drei von vier Industrie-Leitbetrieben berichten heute von Personalproblemen in Technik und Produktion, IT sowie Forschung und Entwicklung. Zuletzt wurde die Lücke an HTL-Graduierten mit 10.000 beschrieben – und diese Lücke droht noch stärker anzuwachsen und zu einem weiteren Standortnachteil zu werden. Die HTL wird von den Technologie-Unternehmen als Standort-Asset eingestuft, das die Entwicklung der Industrie zur Innovationslokomotive in Österreich erst möglich gemacht hat.

Community-Bewegung

Einer der größten Schmerzpunkte und gleichzeitig der größte Hebel für den Ausbau der HTL als „Technikschule der Zukunft“ ist der noch immer niedrige Schüleranteil der Mädchen bzw. jungen Frauen. Um den Mädchenanteil von derzeit 20 Prozent deutlich anzuheben und damit mehr jungen Frauen die Tür zu einer naturwissenschaftlich-technischen Karriere zu öffnen, hat die IV jüngst die Initiative „M:ndset HTL“ initiiert, die nun unter operativer Leitung der MINTality-Stiftung umgesetzt wird. Zielsetzung ist, möglichst viele

HTLs zu mädchenfreundlichen Schulen weiterzuentwickeln und eine Community-Bewegung daraus entstehen zu lassen.

Industrieunternehmen mit dabei

Bereits 23 HTLs haben sich der Initiative angeschlossen und – insbesondere durch Anregungen der Schülerinnen selbst – ein umfassendes Set an förderlichen Maßnahmen zusammengetragen, das von „Tech-Brunches“ mit weiblichen Role Models über räumliche Adaptierungen im Schulgebäude bis hin zu Speed-Dating-Formaten mit Partnerunternehmen reicht. Die konkrete Auswahl und Umsetzung von förderlichen Maßnahmen erfolgt spezifisch an jedem einzelnen Schulstandort und wird von einer schlanken Steuerungsgruppe begleitet werden, zu der neben Schülerinnen, Lehrpersonal und Schulleitungen auch Industrieunternehmen mit Naheverhältnis zu den HTLs eingeladen werden.

Gemeinsam soll ein neues „M:ndset“ etabliert werden – und damit optimale Rahmenbedingungen für Mädchen und Frauen in MINT von der Schule bis hinein in die Unternehmenswelt, um Technik für sie nicht nur zur Bildungsoption, sondern auch zu einem langfristig erfüllenden Karriereweg werden zu lassen.

Die Lehre im Bildungssystem stärken

IV und „zukunft.lehre.österreich“ diskutierten die „Lehre als Eckpfeiler des Standorts – und des Bildungssystems“. Welche Good Practices gibt es bereits zur Verzahnung von unternehmerischer Praxis und Lehre?

Wenn es um Verbesserungen und Reformen in der Lehrausbildung geht, wird von Politik, Verwaltung und Interessensvertretungen primär die „Wirtschaftsseite“ angesprochen. Es braucht aber gleichermaßen die „Bildungsseite“ – und ein Verständnis der Lehre als gleichwertiges Bildungsangebot.

Mit einer Veranstaltung und umfassender Medienarbeit griff die IV gemeinsam mit der Initiative „zukunft.lehre.österreich.“ diese Perspektive auf: Was braucht es an den Berufsschulen? Wie können Berufsorientierung und polytechnische Schulen den Weg in die Lehre selbstverständlicher werden lassen? Welche Good Practices gibt es bereits zur Verzahnung von unternehmerischer Praxis und Lehre?

Schulen, Ausbildungsbetriebe und MINT-Regionen präsentierten ihre hervorragenden Ansätze, die IV-Präsident Knill und Geberit-CEO Helmut Schwarzl anschließend u. a. für die vertretenen Ministerien für Bildung und für Wirtschaft in zentrale IV-Vorschläge übersetzten: eine verpflichtende Berufsorientierung in der Unterstufe im Rahmen einer neuen „Bildungspflicht“, ein Investitionsplan für Berufsschulen oder eine zentrale politische Anlaufstelle für die Lehrausbildung.

Klar ist: Für die Umsetzung braucht es klare Zuständigkeiten im Bildungssystem; ein Aspekt, der von der IV im Sinne einer bundesweit einheitlichen Bildungssteuerung und starker Autonomie vor Ort eingefordert und von der Politik derzeit in der „Reformpartnerschaft für Österreich“ diskutiert wird.



V.l.n.r.: Viktor Fleischer; Robert Machtlinger, Präsident „z.l.o.“ und CEO der FACC AG; Gudrun Feucht; Monika Sandberger, Geschäftsführerin „z.l.o.“; Severin Gruber, Generalsekretär im BMWET; Doris Wagner, Sektionschefin BMB; Präsident Knill; Georg Konetzky, Sektionschef BMWET; Helmut Schwarzl.

Österreichs Hochschulen vor dem Neustart

Hochkarätige Gäste diskutierten im Haus der Industrie über die Hochschulstrategie 2040. Im Zentrum standen auch die IV-Visionen für ein zukunftsähnliches System.

Die Podiumsdiskussion der IV zur Hochschulstrategie 2024 des Bundesministeriums für Frauen, Wissenschaft und Forschung stieß auf enormes Interesse. In vollem Haus betonte Patricia Neumann, IV-Vizepräsidentin und Vorstandsvorsitzende der Siemens AG Österreich, das große Potenzial der Strategie für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs: Hochschulen bräuchten klare Standortverantwortung, moderne Studien- und Weiterbildungsangebote – besonders im MINT-Bereich – sowie mehr Forschungsexzellenz und stärkeren Technologietransfer. Lange Studiendauern, hohe Abbruchquoten und unklare Berufsperspektiven müssten der Vergangenheit angehören.

Es diskutierten u. a. Heinz Faßmann (ÖAW), Brigitte Ecker (WPZ Research),

Therese Niss (Mitterbauer Beteiligungs GmbH), Brigitte Hüttner (Österreichische Universitätenkonferenz), Beatrix Karl (Rektorinnen- und Rektorenkonferenz der Pädagogischen Hochschulen), Ulrike Prommer (Österreichische Fachhochschul-Konferenz) und Migrationsexperte Rainer Münz über Bedarfe der Unternehmen bis hin zu Einflussfaktoren wie Digitalisierung, Demografie und Internationalisierung.

Die Industrie formulierte klare Erwartungen: Trotz Rezession leiden drei von vier Unternehmen unter Personalengpässen in Technik, IT und F&E; zugleich zeigen sich Hochschulen bei Kooperationen oft wenig proaktiv. Nur mit starken, agilen Hochschulen könne Österreich Schlüss 技术ologien entwickeln und seine Wettbewerbsfähigkeit sichern, betonte Therese Niss. Die Hochschulstrategie müsse daher

Stärkefelder definieren und sektorenübergreifende Zusammenarbeit stärken – für

mehr Effizienz, mehr Innovation und einen attraktiven Standort Österreich.



Die IV lud zu einer Diskussion der Hochschulstrategie.

Das JI-Skiwochenende 2026 in Tirol

Vernetzung, Industrie-Einblicke und Wintersport in der Axamer Lizum.

Gemeinschaft, sportlicher Ehrgeiz und persönlicher Austausch standen im Mittelpunkt des JI-Bundesskiwochenendes 2026 in der Axamer Lizum. Rund 90 Mitglieder der Jungen Industrie aus ganz Österreich kamen Mitte Jänner in Tirol zusammen, um Tage zwischen Industrie-Einblicken, Skifahren und Begegnung zu verbringen.

Zum Auftakt wurde am Freitagnachmittag die Gelegenheit geboten, einen von zwei ansässigen Industriebetrieben zu besuchen: Bei der Leitner GmbH in Telfs sowie bei der Tiroler Rohre GmbH in Hall in Tirol erhielten die Gruppen Einblicke in Produktionsabläufe, Entwicklungen und aktuelle Herausforderungen. Der direkte Dialog vor Ort bot einen praxisnahen Einstieg in das Wochenende.

Am Abend kamen die Mitglieder der Landesgruppen erstmals in der Axamer Lizum in größerer Runde zusammen. Im „Hoadl Haus“ an der Bergstation entstand in entspannter Atmosphäre Raum für Gespräche, Wiedersehen und Kontakt über Bundesländergrenzen hinweg. Für einen außergewöhnlichen Abschluss sorgte die gemeinsame Talfahrt mit den Pistenraupen.

Am Samstag drehte sich alles um das Skigebiet. Neben freien Abfahrten bekamen die Mitglieder einen Blick hinter die Kulissen des Skibetriebs und erfuhren, wie viel Organisation, Technik und Teamarbeit notwendig sind, damit alle Abläufe reibungslos funktionieren. Am Nachmittag folgte das traditionelle JI-Skirennen, das erneut eines der Highlights der Veranstaltung war. Mit viel Einsatz und Sportsgeist lieferten sich die Teams ein spannendes Rennen auf der Piste. Den Sieg holte sich heuer die JI-Steiermark. Mit dem Gewinn des legendären Wanderpokals ging auch die Organisation des nächsten JI-Skiwochenendes an das Siegerteam über.

Nach dem Skirennen kam die Gruppe noch einmal am Gipfel zusammen, bevor der Abend beim gemeinsamen Abendessen seinen Ausklang fand. Auch hier prägten Gespräche und persönlicher Kontakt den weiteren Verlauf des

Abends. Am Sonntag wurden die frühen Morgenstunden noch für die erste Abfahrt des Tages genutzt, bevor die gemeinsame Zeit langsam ausklang und die Heimreise angetreten wurde.

Ein besonderer Dank gilt den Sponsoren Axamer Lizum Bergbahnen GmbH & Co KG, BDO Austria GmbH, BTV Vier Länder Bank AG sowie Steinmayr & Co Insurance Brokers GmbH, die das JI-Bundesskiwochenende 2026 ermöglicht haben. Nicht zuletzt danken wir der JI-Tirol für ihren großen Einsatz bei der Organisation und Umsetzung des Skiwochenendes.

Die Tage in der Axamer Lizum haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig solche Formate für die Junge Industrie sind: Sie schaffen Raum für Begegnung, stärken das Netzwerk und verbinden fachlichen Austausch mit gemeinsamen Erlebnissen. Die Vorfreude auf das nächste JI-Skiwochenende in der Steiermark ist damit bereits geweckt!



Die Landesgruppe Steiermark mit JI-Bundesvorsitzender Julia Aichhorn beim traditionellen Skirennen.



Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Österreich im Rahmen des JI-Skiwochenendes 2026.



Einblicke hinter die Kulissen des Skibetriebs mit Gastgeber und JI-Tirol-Vorsitzendem Eduard Fröschl.



Abendlicher Ausblick am Gipfel der Axamer Lizum.



EUROPA BRAUCHT ENTSCHEIDUNGS- KRAFT

Warum Zusammenarbeit jetzt unverzichtbar ist.

Wie viele Signale aus der Welt braucht es noch, bis wir anerkennen, dass sich die globale Ordnung grundlegend verändert hat? Wirtschaftspolitik wird machtpolitisch betrieben, Interessen werden konsequent verfolgt. Europa kann es sich nicht mehr leisten, im Klein-Klein zu verharren. Umso wichtiger ist es, dass Europa schnelle Entscheidungen trifft und bereit ist, mutige Schritte zu gehen.

Gerade deshalb muss sich Europa konsequent für neue Handelspartner öffnen. Das Mercosur-Abkommen zeigt, dass diese Ernsthaftheit erkannt worden ist: Es steht für die Bereitschaft, wirtschaftliche Beziehungen zu erweitern und neue Märkte zu erschließen. Davon profitieren Industrie und Wirtschaft unmittelbar, weil internationale Öffnung neue Geschäftsmöglichkeiten schafft und Wertschöpfung sichert.

Europa verfügt über enorme Innovationskraft, industrielle Kompetenz und Know-how. Werden diese Stärken gebündelt, gehören wir zu den mächtigsten Wirtschaftsregionen der Welt. Dafür braucht es aber mehr als gute Absichten: Ein funktionierender einheitlicher Kapitalmarkt, spürbare Entbürokratisierung und weitere ambitionierte Handelsabkommen sind längst überfällig, wenn wir unseren Wohlstand für kommende Generationen sichern wollen.

Kooperation bringt mehr als Abschottung. Das ist nicht nur politisch sinnvoll, sondern auch verhaltensökonomisch belegt. Gemeinsame Märkte schaffen Stabilität, Planungssicherheit und Wachstum für alle Beteiligten.

Mercosur war ein wichtiger Schritt. Er darf jedoch nicht der letzte bleiben. Die Zeichen stehen auf Kooperation. Jetzt ist der Moment, diese Chance zu nutzen und Europa entschlossen weiterzuentwickeln. Nicht aus Angst, sondern aus Überzeugung. Nicht im Klein-Klein, sondern gemeinsam.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie



Exzellenzstrategie KI: IV-OÖ und JKU etablieren gemeinsamen Forschungsraum

Ohne Reformen droht eine Verfestigung der Standortkrise. Beim Jahresauftakt der IV-OÖ wurde klar: 2026 ist ein Entscheidungsjahr. Mit der Exzellenzstrategie KI und dem neuen LIT AI Synergy-Lab setzt Oberösterreich einen starken Impuls für Wettbewerbsfähigkeit.

Bei dem Jahresauftakt-Pressegespräch der Industriellenvereinigung Oberösterreich (IV-OÖ) am 15. Jänner wurde deutlich: Ohne strukturelle Reformen droht eine Verfestigung der wirtschaftlichen Schwäche. 2025 brachte keine ausreichenden Reformantworten der neuen Bundesregierung auf die Standortkrise, der Kostendruck auf Oberösterreichs Industrie steigt 2026 weiter. Auf Landes-

ebene ist eine Standortoffensive durch konsequente Umsetzung der Exzellenzstrategie KI möglich – die IV-OÖ ermöglicht einen neuen Forschungsraum von Industrie und JKU in vier Fachgebieten.

IV-OÖ-Präsident Thomas Bründl zeichnete ein nüchternes Bild der Lage: Das Jahr 2025 habe keinen wirtschaftlichen Umschwung gebracht; weder bei Kosten, Steuerbelastung noch Bürokratie seien ausreichende Reformantworten erfolgt. Der Kostendruck auf die oberösterreichische Industrie nehme weiter zu, während sich das politische Zeitfenster für Reformen rasch schließe. 2026 sei daher ein entscheidendes Jahr, um gegenzusteuern, bevor sich die strukturelle Schwäche des Standorts weiter verfestige. Man befindet sich, so Bründl, „nicht in einer normalen Konjunkturphase, sondern in einem

strukturellen Umbruch. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, verfestigt sich der wirtschaftliche Abstieg des Standorts.“

Industriestrompreis

Zusätzlicher Druck kommt aus dem internationalen Umfeld: Geoökonomische Fragmentierung, protektionistische Industriepolitik in anderen Wirtschaftsräumen sowie hohe Subventionen verschärfen den Wettbewerb für exportorientierte Betriebe. Gleichzeitig belasten hohe Lohnstückkosten, steigende Energiepreise und zunehmende Regulierung die Wettbewerbsfähigkeit. Besonders kritisch bleibt die Energiepolitik: Trotz eines hohen Anteils günstiger Wasserkraft gelingt es Österreich nicht, daraus einen strategischen Standortvorteil für die Industrie zu generieren. Steigende Systemkosten durch volatile Stromerzeugung sowie zusätzliche

Belastungen durch CO₂-Zertifikate treffen energieintensive Betriebe besonders stark. Der angekündigte Industriestrompreis im Rahmen der Industriestrategie nach deutschem Vorbild für die kommenden drei Jahre ist daher sehr zu begrüßen – entscheidend ist dabei die Ausgestaltung im Detail, damit davon im Gegensatz zum SAG wirklich alle Industriebetriebe mit hohen Stromkosten im Verhältnis zum Umsatz profitieren können.

„Viele Investitionen österreichischer Unternehmen finden längst nicht mehr im eigenen Land statt, sondern im benachbarten Ausland!“

Thomas Bründl,
Präsident IV-OÖ



„Eine anhaltend geringe Steigerung der Produktivität schmälert langfristig die Wohlstandschancen einer Region!“

DI Dr. Joachim Haindl-Grutsch,
Geschäftsführer IV-OÖ



„KI, Digitalisierung und Robotik sind entscheidend, um Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern.“

Univ.-Prof. Dr. Stefan Koch,
Rektor der Johannes Kepler
Universität

Die Folgen seien bereits sichtbar: „Viele Investitionen österreichischer Unternehmen finden längst nicht mehr im eigenen Land statt, sondern im benachbarten Ausland“, hielt Bründl fest. Unternehmen würden dort investieren, wo die Rahmenbedingungen wettbewerbsfähiger seien. Der Erhalt industrieller Wertschöpfung sei daher zentral, denn, so Bründl, „industrielle Substanz zu verlieren geht schnell, sie wieder aufzubauen dauert Jahre“. Ohne spürbare Entlastung bei Bürokratie und Kosten drohten weitere Investitionsverlagerungen ins Ausland und eine zunehmende Verschiebung von Arbeitsplätzen aus dem wertschöpfungsintensiven Industriesektor in den öffentlichen Dienstleistungsbereich.

Ziel müsse es daher sein, verlorene Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen und wieder in die Spitzengruppe internationaler Standorte aufzuschließen.

Für die IV-OÖ ist dabei klar: Österreich muss wieder den Weg in die Top Ten des internationalen Wettbewerbsfähigkeitsrankings des IMD finden.

Gemeinsame KI-Forschung

Die standortpolitischen Antworten auf die Krise, die auf Landesebene gegeben werden können, finden sich in den Bereichen Forschung, Innovation, Technologie und Qualifizierung. IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch verwies in diesem Kontext auf die im Oktober 2025 präsentierte Exzellenzstrategie KI als zentralen Rahmen für eine Standortoffensive. Die Transformation durch künstliche Intelligenz sei mit der Einführung des elektrischen Stroms vor 100 Jahren vergleichbar: eine Basistechnologie, die sämtliche Bereiche durchdringe und die Produktivität grundlegend verändere.

Hauptproblem ist die im internationalen Vergleich unterdurchschnittliche Produktivitätsentwicklung (Wertschöpfung pro geleisteter Arbeitsstunde). Eine anhaltend geringe Steigerung der Produktivität schmäler langfristig die Wohlstandschancen einer Region, da sie auf eine nachlassende Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Volkswirtschaften hindeutet. Dem regionalen Innovationsökosystem muss es in Zukunft noch besser gelingen, die gute Innovationsleistung in tatsächliche Wertschöpfung am Standort zu transferieren. Als ganz konkreten Beitrag im Rahmen der Exzellenzstrategie KI etabliert die IV-OÖ mit der Johannes Kepler Universität Linz einen gemeinsamen Forschungsraum von Universität und Industrie in Form des „LIT AI Synergy-Lab“. Durch die Initiative, welche die historisch größte finanzielle Unterstützung der IV-OÖ für ein Einzelprojekt darstellt, wird exzellente KI-Forschung gezielt mit industriellen Anwendungsfeldern verknüpft; so werden Technologietransfer, Innovationskraft und die internationale Positionierung des Industriestandorts Oberösterreich gestärkt. Das Präsidium der IV-OÖ hat dafür beschlossen, die Johannes Kepler Universität Linz in den Jahren 2026 bis 2028 mit insgesamt einer Million Euro zu unterstützen.

Vier Fachbereiche

Im LIT AI Synergy-Lab wird exzelle KI-Forschung gezielt mit industriellen Anwendungsfeldern verknüpft. Der Fokus liegt auf vier für die industrielle Wertschöpfung zentralen Bereichen: Robotik, Strömungslehre, Chemie und Life Sciences sowie Quantenwissenschaften. Für jedes dieser Themenfelder wird eine eigene Prä-Doc-Stelle eingerichtet, die

Europäische Industrie zahlt weiter zu viel für Strom

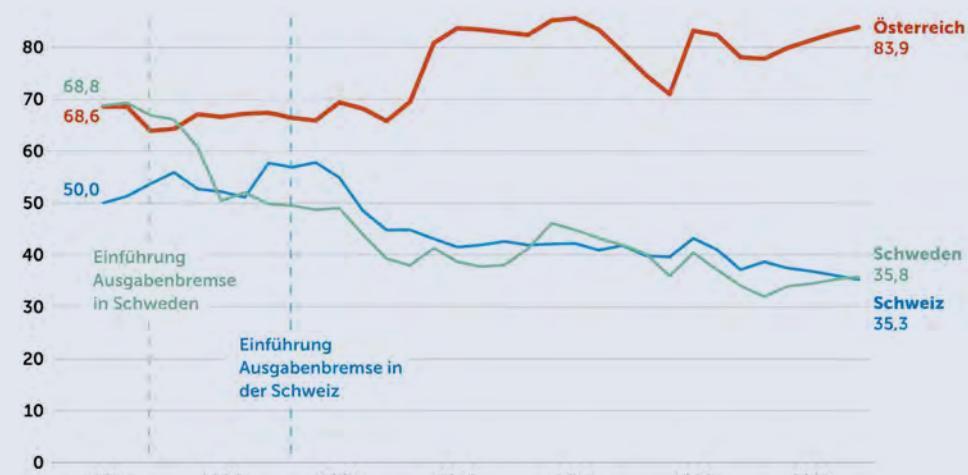
Industriestrompreise in Euro pro Kilowattstunde; Halbjahresdaten bis 1. Halbjahr 2025



Quelle: Eurostat, U.S. Energy Information Administration, OeNB, Agenda Austria.

Anmerkung: Die Preise enthalten Gebühren und Steuern. Für Europa werden jeweils die Preise in den Verbrauchergruppen IC (500 bis 1.999 MWh pro Jahr; durchgezogene Linie) und IF (70.000 bis 149.999 MWh pro Jahr; gestrichelte Linie) gezeigt.

Die Ausgaben bremsen wie die Schweizer Öffentliche Verschuldung in Prozent des BIP



Quelle: Agenda Austria

als Schnittstelle zwischen universitärer Forschung und industrieller Praxis fungiert. Besonders wertvoll für die Betriebe ist die Hebelwirkung der eingesetzten Mittel: Unternehmen können zusätzlich zu den gemeinsam definierten Dissertationsthemen eigene, selbst finanzierte Projekte und Fragestellungen an das Synergy-Lab andocken.

JKU-Rektor Stefan Koch unterstrich die Rolle der JKU als international sichtbarer Forschungs-Hotspot für künstliche Intelligenz. Mit mehr als 50 Millionen Euro an eingeworbenen Drittmitteln im KI-Bereich sowie Einrichtungen wie dem LIT Artificial Intelligence Lab, der ELLIS Unit Linz und dem FWF-Cluster of Ex-

cellence „Bilateral AI“ sei die JKU sowohl in der Grundlagenforschung als auch im Technologietransfer stark positioniert. Universitäten hätten gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Aufgabe, „exzellente Grundlagenforschung mit konkreten gesellschaftlichen und industriellen Anwendungen zu verbinden“.

Das LIT AI Synergy-Lab schaffe nun einen zusätzlichen strukturierten Rahmen, um wissenschaftliche Exzellenz noch enger mit den Anforderungen der Industrie zu verbinden. „KI, Digitalisierung und Robotik sind entscheidend, um Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern“, betonte der Rektor abschließend.



Industrie-Summit OÖ-NÖ: Länder und Industrie mit gemeinsamem Kurs

Politik und Industrie bekennen sich zu Reformen, leistbarer Energie und Wettbewerbsfähigkeit. Ein gemeinsames Industriemanifest soll Investitionen sichern, Wertschöpfung halten und eine schlechende Deindustrialisierung verhindern.

Beim Industriegipfel von IV-NÖ und IV-OÖ am 14. Jänner in der Verbund-Lehrwerkstätte beim Kraftwerk Ybbs-Persenbeug haben Politik und Industrie ein klares Signal gesetzt: Der industrielle Kern Österreichs will den Standort aktiv sichern und weiterentwickeln. Angesichts wachsender struktureller Herausforderungen standen Wettbewerbsfähigkeit, leistbare Energie, Arbeit und Reformen im Fokus – und mündeten in einem gemeinsamen Industriemanifest als Bekenntnis zu Kooperation, Investitionen und langfristiger Wertschöpfung.

Oberösterreich und Niederösterreich bilden gemeinsam das industrielle Rückgrat Österreichs: 43 Prozent der industriellen Wertschöpfung (27% OÖ, 16% NÖ), rund 120 Mrd. Euro Bruttowertschöpfung jährlich und mehr als 800.000 Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt an dieser Industrieregion. Vor diesem Hintergrund diskutierten die beiden Landeshauptleute gemeinsam mit den Präsidenten der Industriellenvereinigungen und Industrievertretern über notwendige Reformschritte für den Standort.

Österreich brauche Reformen, die spürbar wirken, betonte IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner: „Die Unternehmen investieren jeden Tag in Effizienz und Innovation – damit das erfolgreich ist, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen.“ Es gehe nicht um radikale Einschnitte, sondern um gezielte Maßnahmen: „Dafür brauchen wir keine Kettensäge, sondern ein Schweizer Messer.“ Ochsner nannte unter anderem verlängerte Arbeitszeit, ein höheres faktisches Pensionsantrittsalter und einen moderaten Selbstbehalt im Gesundheitssystem als wirksame Hebel. Dass der Standort weiterhin von ungelösten strukturellen Problemen ge-



prägt ist, unterstrich IV-OÖ-Präsident Thomas Bründl: Steigende Kosten, sinkende Arbeitsleistung und zunehmende regulatorische Belastungen schwächen die Wettbewerbsfähigkeit. „Reformieren statt Symptome bekämpfen, Steuern senken statt erhöhen und vereinfachen statt überregulieren“ sei notwendig, um eine schlechende Deindustrialisierung zu verhindern. Die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner betonte: „In Niederösterreich und Ober-

österreich schlägt das industrielle Herz der Republik.“ Mit dem Industriemanifest werde ein klares industrie-politisches Bekenntnis abgegeben – verbunden mit der Forderung nach einem Industriestrompreis, einer Entlastung des Faktors Arbeit und einem entschlossenen Bürokratieabbau. Auch Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer unterstrich die gemeinsame Verantwortung: „Ohne starke Industrie gibt es keine sicheren Arbeitsplätze und keinen Wohlstand.“ Ziel

sei es, Investitionen auszulösen, Wertschöpfung im Land zu halten und Planungssicherheit für Betriebe zu schaffen.

Mit dem Industriemanifest schaffen Niederösterreich und Oberösterreich eine strategische Klammer für ihre industrie-politische Zusammenarbeit – von leistbarer Energie und fairen Arbeitskosten über schnellere Verfahren bis hin zu Innovation, Infrastruktur und Fachkräfteentwicklung.

Industriestrategie: First things first?

Nichts an der 110-seitigen Industriestrategie ist verkehrt, im Gegenteil ist das Papier eine hervorragende Handlungsanleitung: 6 Ziele, 9 Schlüsseltechnologien und 114 Maßnahmen spannen einen strategischen Bogen für die industrie-politische Arbeit bis 2035 auf. So weit, so gut; in normalen Zeiten eine ideale Strategie zur kontinuierlichen Weiterentwicklung der Industrie in Österreich. Aber sind diese Maßnahmen eine angemessene Reaktion auf die Krise des Standorts? Die glasklare Antwort lautet: „Nein!“

Warum? Die Industrie befindet sich weiterhin im Auge des Kostenorkans, Österreich ist Wachstumsschlusslicht trotz Rekordausgaben. Franz Schellhorn, Chef

der Agenda Austria, brachte beim Industrie-Summit von IV-OÖ und IV-NÖ in Ybbs-Persenbeug die Lage Österreichs in seinem wie immer exzellenten Vortrag erneut schmunzlig auf den Punkt: Österreich ist die weltweite (!) Nummer eins bei den Sozialausgaben pro Kopf, hat die dritthöchste Staatsausgabenquote und die vierthöchste Steuerquote der EU und schafft damit das „Kunststück“, das fünfhöchste Budgetdefizit der EU auszuweisen. Also: Spitze beim Geldeintreiben und -ausgeben, Schlusslicht beim Wachstum und bei den Staatsfinanzen. Die Folgen sind Stagflation und ein Produktivitätsniveau, dass aktuell auf dem Niveau von 2016 liegt. 2027 wird das BIP pro Kopf auf dem Niveau von 2019 liegen – Österreich hat mit enormen Staatsausgaben ein verlorenes Jahrzehnt produziert.

Die Quintessenz: Solange Österreich sein Budget nicht durch Ausgabenkürzungen saniert, seine Steuern und Abgaben senkt und Reformen beim Pensions-, Gesundheits- und Förder-system umsetzt sowie Verwaltung und Bürokratie radikal verschlankt – solange wird das Vertrauen in den Standort bei Investoren und Konsumenten nicht zurückkehren; und solange wird Österreich nicht aus dem Tal der Tränen herauskommen. Dazu hätte es gleich zu Beginn der Legislaturperiode eine Reformstrategie gebraucht. Auf diese warten wir noch immer. „First things first“ ist leider nicht passiert. Realität ist das, was nicht weggeht, auch wenn man nicht daran glaubt.

Joachim Haindl-Grutsch

